



## Integrationskurse in Friedland

Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 09.12.2011; Fragestunde Nr. 20  
Innenminister Uwe Schünemann beantwortet die mündliche Anfrage der Abgeordneten  
Dr. Gabriele Andretta und Ronald Schminke (SPD)

Die Abgeordneten hatten gefragt:

Das niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport hat angekündigt, das bisher sehr erfolgreich laufende Integrationskursangebot im Grenzdurchgangslager Friedland einzustellen (vgl. *Göttinger Tageblatt* vom 25. November 2011). Teilgenommen haben an den Integrations- und Alphabetisierungskursen Spätaussiedler, jüdische Zuwanderer und deren ausländische Familienangehörige, die den Ländern Niedersachsen, Bayern und Rheinland-Pfalz zugewiesen wurden. Seit 2006 haben acht beim Bundesministerium für Migration und Flüchtlinge (BAMF) anerkannte Kursträger aus der Region unter der Koordination der Bildungsgenossenschaft Südniedersachsen e. G. sehr erfolgreich 146 vom BAMF geförderte Integrations- und Alphabetisierungskurse durchgeführt. An den Kursen haben in den letzten fünf Jahren über 2 000 Personen teilgenommen. Durch das Einstellen der Integrationskurse fallen für über 20 hoch qualifizierte Mitarbeiter Arbeitsplätze weg. Die in der Landesaufnahmebehörde (LAB) in Friedland tätigen Einrichtungen (BIGS und die acht Integrationskursträger sowie die dort tätigen Verbände DRK, Innere Mission, Caritas) haben schon im Frühjahr 2011 dem Innenministerium ein Konzept vorgelegt zur Beratung, Betreuung und Aufenthaltsstrukturierung für Asylbewerber und Flüchtlinge, geeignet aber auch für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer, am Standort Friedland der LAB.

Der Innenminister äußerte gegenüber der Zeitung, dass Friedland trotz Wegfall der Integrationskurse Integrationszentrum bleiben solle und derzeit ein Konzept erarbeitet werde, das die Fortführung der Integration von Spätaussiedlern und einen „Wegweiser Deutschland“ für Asylbewerber beinhalte.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welche Gründe haben die Landesregierung veranlasst, ein bundesweit beachtetes Erfolgsmodell für Integration zu beenden?
2. Wie soll zukünftig sichergestellt werden, dass Friedland Integrationszentrum bleibt, welche Maßnahmen sind geplant, und welche Mittel stehen dafür im Haushalt zur Verfügung?
3. Wie bewertet die Landesregierung das von den Einrichtungen vorgelegte Konzept zur zukünftigen Arbeit am Standort Friedland der LAB?



2

Innenminister Uwe Schünemann beantwortete namens der Landesregierung die Anfrage wie folgt:

Zu Beginn des Jahres 2011 hat sich die Aufgabenstellung des Grenzdurchgangslagers Friedland (GDL) erweitert. Zu der ausschließlichen Funktion als Erstaufnahmeeinrichtung für Spätaussiedlerfamilien, jüdische Zuwanderer und Flüchtlinge aus Aufnahmeaktionen ist die Erstaufnahme von Asylbewerbern hinzugekommen.

Bereits in den Jahren zuvor hatte sich das GDL zu einem modernen Integrationszentrum entwickelt. Ein erster Schritt war 2004 die Konzipierung der Willkommenskurse, eine 7-tägige sprachliche und landeskundliche Vorbereitung der Spätaussiedler und jüdischen Zuwanderer auf das Leben in Deutschland. Seit September 2006 konnten Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer, die im Rahmen des Registrierverfahrens auf die Länder Niedersachsen, Bayern (ab 01.01.2007) oder Rheinland-Pfalz (ab 01.07.2007) verteilt wurden, auf freiwilliger Basis an den gemäß der Integrationskursverordnung in Friedland angebotenen Integrationskursen teilnehmen.

Die Zugangszahlen im Bereich der Spätaussiedler und jüdischen Zuwanderer sind seit einigen Jahren jedoch stark rückläufig. Waren 2007 noch knapp 6.000 Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer über Friedland in das Bundesgebiet eingereist, wird in 2011 nur noch ein Zugang von ca. 2.200 Personen erwartet. Da ein neuer Integrationskurs erst bei einer Teilnehmerzahl von mindestens zwölf Personen aufgelegt wird, verlängert sich bei sinkenden Zugangszahlen auch die Wartezeit der Integrationsteilnehmer bis zum Kursbeginn und somit auch die Gesamtaufenthaltsdauer der Teilnehmer und ihrer in Friedland untergebrachten Familienangehörigen. Die Situation wird sich spätestens Anfang 2012 weiter verändern, da der Freistaat Bayern, der mit ca. 50% seit jeher einen erheblichen Teil der Integrationskursteilnehmer stellt, seine Kooperation bei der Durchführung von Integrationskursen mit Ablauf des Jahres beendet hat. Demnächst wären dann Wartezeiten von der Registrierung bis zum Beginn des Kurses von bis zu acht Wochen und länger zu erwarten. Derartige Wartezeiten sind den Teilnehmern und ihren Familienangehörigen nicht zuzumuten. Die Kurse in ihrer bisherigen Form müssen daher eingestellt werden. Deshalb wurde ein Alternativmodell erarbeitet, das allen Bewohnern der Einrichtung offenstehen soll, also auch den dort in der Erstaufnahmeeinrichtung untergebrachten Asylbewerbern. Dies unabhängig davon, ob ihnen im Asylverfahren eine Bleibeperspektive eröffnet werden kann oder nicht. Alternativ werden ab Anfang 2012 die Kurse „Wegweiser für Deutschland“ mit integrierten Sprachmodulen angeboten. Da die bisherigen Integrationskurse nach der Überlegung „Integration vor Ort“ zukünftig in den Zielkommunen stattfinden werden, ist das zusätzliche Angebot der Aufnahmeeinrichtung sozusagen ein „start up“ für den Aufenthalt in Deutschland.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

### **Zu Frage 1:**

Es trifft zu, dass in Friedland erfolgreiche Integrationsarbeit geleistet wurde und weiterhin geleistet wird. Richtig ist auch, dass es sich bei dem vom Niedersächsischen Ministerium für



### 3

Inneres und Sport initiierten Integrationsangebot um ein bundesweit beachtetes Erfolgsmodell handelt. Allen an diesem Erfolg Beteiligten gebührt hierfür der ausdrückliche Dank der Landesregierung.

Wie das Ergebnis belegt, war es seinerzeit durchaus sinnvoll, dieses Angebot für Spätaussiedler und jüdische Zuwanderer unmittelbar nach dem Aufnahmeverfahren in der Aufnahmeeinrichtung zu starten. Seither zeichnet sich jedoch ein kontinuierlicher Rückgang bei den Spätaussiedlerzugangszahlen ab. Auch die Regelungen nach dem Entwurf des Neunten Gesetzes zur Änderung des Bundesvertriebenengesetzes (9. BVFG-ÄndG-Entwurf) werden vermutlich keine nennenswerte Änderung dieser Entwicklung bewirken. Bei den jüdischen Zuwanderern, die über Friedland einreisen, ist ein leichter Anstieg der Zugangszahlen zu erwarten- allerdings auf zahlenmäßig niedrigem Niveau.

Die Kündigung einer seither bestehenden Kooperation durch den Freistaat Bayern zum Jahresende würde zu nicht mehr hinnehmbaren Wartezeiten für die Kursteilnehmer führen. Allein wegen der zurückgehenden Zugangszahlen und langen Wartezeiten bis zum Zustandekommen eines neuen Kurses, wurde es für alle Beteiligten absehbar, dass das Integrationsangebot in dieser Form nicht mehr lange weitergeführt werden konnte. Aufgrund der Kündigung durch den Freistaat Bayern bestand aus Sicht der Landesregierung Handlungsbedarf.

#### **Zu Frage 2:**

Eingliederung und integrative Angebote beginnen weiterhin bereits unmittelbar nach Ankunft in der Aufnahmeeinrichtung. Als Einstieg bietet es sich an, zunächst ein Bild über das Leben in Deutschland (Geographie/Kultur/Umwelt) zu skizzieren, einen Überblick über die unsere Gesellschaft prägenden Grundwerte zu vermitteln sowie zu ersten Schritten in der Anwendung der deutschen Sprache zu ermuntern und damit den Menschen das „Zurechtfinden“ in diesem für sie neuen Lebensabschnitt zu erleichtern.

Hierzu konzeptioniert die Niedersächsische Landesregierung derzeit für alle Bewohner in Friedland unabhängig von Status und jeweiliger Aufenthaltsperspektive ein Kursangebot in modularer Struktur.

Die Kursmodule beinhalten ein Sprachatelier, das eine erste sprachliche Orientierung vermittelt, sowie Module zu Themen wie z.B: Rahmenbedingungen in Deutschland (verfassungsrechtliche Grundwerte, Toleranz, Gleichberechtigung und Schulpflicht), Vermittlung lebenspraktischer Informationen (Verhalten im Straßenverkehr, Gebrauch öffentlicher Verkehrsmittel, Gesundheit, Hygiene), Kontakt zu Behörden oder Deutschland und Niedersachsen im Überblick.

Im Haushaltsplanentwurf 2012/2013 sind zusätzlich 1,6 Mio. Euro u.a. für die Durchführung vorgenannter Kurse eingestellt.

#### **Zu Frage 3:**

Das von den Einrichtungen vorgelegte Konzept wird bei den derzeitigen Überlegungen mit herangezogen.